

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Dachstuhl- und Steinzeugindustrie, in Schmelzereien und Glasereien, für Gipser, Putzer, Stuckateure, Asphaltateure, Plötzer, Fliesenleger, Ofenleger, Glaser aller Art, Steinholzer und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends  
Monatsabzugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgebühren)  
Bestellungen nur durch die Post  
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom  
**Deutschen Baugewerksbund**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehnpaltene Zeilen-  
meterzeile 1,25 M. Bei größeren Abdrücken Rabatt.  
der nur als Kaszarabatt gilt  
Arbeitsmarkt die dreizehnpaltene Zeilen-  
meterzeile 3 M.  
Anzeigen der Baugewerkschaften 2,50 M.

### Nur nicht müde werden!

Dieses Ermunterungswort des verstorbenen Dichters Caspar Flaischlen möchte man der kämpfenden Arbeiterklasse immer wieder zurufen. Gerade die Gewerkschaftsbewegung voll und darf nichts gemein haben mit Zweifeln und Verzweifeln. Gewerkschaftsarbeit ist zukunftsreich, hoffnungsvolle Arbeit. Diese Ideale waren sicher nicht in allen lebendig, die den Fahnen der Gewerkschaften bisher folgten. Und dennoch waren auch sie es, die das Vorwärtsschreiten ermöglichten und — wenn auch mit geringerer Ueberzeugungskraft — die zu Bergen aufgehäuften Schwierigkeiten überwinden halfen.

Schon viele von Idealismus befeelte Bewegungen sind über die Erde gegangen. Lange hat es gedauert, ehe sie sich Geltung verschaffen konnten. Erinnert sei nur an das Christentum. Es vergingen lange Jahre, ehe man das Christentum als Machtfaktor ansprechen konnte. Ist demgegenüber die Arbeiterbewegung nicht in einem viel rascheren Tempo vorwärts gestürzt? Haben nicht 60 Jahre genügt, um die politische Macht der Arbeiterklasse in fast allen Ländern ungeheuer zu erhöhen zu lassen? Und wirtschaftlich? Ueberall, wo Lohnarbeiter zu finden sind, hat der gewerkschaftliche Gedanke Fuß gefaßt. Und da soll uns um die Zukunft bangen? Mit nichten!

Die Gewerkschaftsbewegung ist heute zu einem achtunggebietenden Faktor in den bedeutendsten Industrieländern geworden. In Deutschland, Amerika, England, in Skandinavien, der Schweiz und der Tschechoslowakei sind die Gewerkschaften als die erste Großmacht des Landes anzusprechen. In Deutschland kann ernsthaft von irgendeiner Seite nichts unternommen werden, ohne daß die Gewerkschaften ihr Veto einlegen. Zwar war es Demagogie, wenn Jahre hindurch von einer Lebensregierung der Gewerkschaften gesprochen wurde. Und dennoch war etwas Wahres an dieser Behauptung. Die Gewerkschaften waren der geschlossene Block organisierter Arbeiter, den zu umgehen man sich nicht wagte. Trotdem die Reihen der organisierten Gewerkschaftsmitglieder durch Inflation, Not und Streit etwas gelichtet, behält sich diese Großmacht nach wie vor über das ganze Land. Mehrere tausend freigestellte Personen stehen im Dienste dieser Großmacht. Die Feiten sind vorbei, wo die Arbeiter von jedem Unternehmer geschunden werden konnten. Die Gewerkschaftsbewegung ist der stärkste Machtfaktor, den die vereinte und organisierte Arbeiterklasse sich zu schaffen vermochte.

Daneben gibt es andere, von denen wir zuerst die Genossenschaftsbewegung nennen. Von den Samenkörlern, die die mutigen Pioniere von Nordale vor 80 Jahren ausstreuten, ist auch in Deutschland eins zu einem riesigen Baum geworden. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist eine mächtige Organisation, 4,5 Millionen Mitglieder vermochten die ihm angehörenden Konsumvereine in sich zu vereinen. Heute wäre es vermessend, wollte jemand Gedanken zum Besten geben, wie dies August Bebel 1893 im Reichstag tat: „Wir können es unter keinen Umständen billigen, daß unsere Parteigenossen Mittel und Kräfte dazu verwenden, Genossenschaften ins Leben zu rufen. . . Wir betrachten sie als im ganzen für die große Bewegung gleichgültige Institutionen, die mit ihr nichts zu schaffen haben. . .“ Etwas Derartiges heute zu äußern, wäre hirnverbrannt. Wir haben unterdessen Organisationsgebilde wie die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine heranzuwachsen sehen, die zu Großbetrieben ersten Ranges wurden und dem Privatkapital erfolgreich die Spitze zu bieten vermögen. Konsumvereine, wie die „Produktion“

in Hamburg, die Konsumgenossenschaft in Berlin, der Konsumverein Leipzig-Blagowich und andere sind Machtfaktoren von großer Bedeutung. Sie sind für den Sozialismus mehr, als tausend schöne Reden und Beschlüsse. Gerade in der jetzigen Zeit besitzt der Konsument eine ungeheure Macht. Diese Macht zu organisieren, dazu sind die Konsumgenossenschaften berufen. Würden sie die nötige Unterstützung finden, würden die Arbeiter erkennen, was sie als vereinigte Konsumenten zu tun vermögen, dann müßten die Konsumgenossenschaften zu Riesengebilden werden, denen sich das Privatkapital nicht gegenüberzustellen vermöchte. Die Genossenschaften sind neben der Gewerkschaftsbewegung die stärksten Machtfaktoren der Gegenwart. Sie noch stärker, ja unüberwindlich zu machen, liegt im Interesse aller Arbeiter.

Nicht vergessen darf bei dieser Betrachtung werden ein neuer Zweig, der der Arbeiterbewegung entsprossen ist. Das sind die Sozialen Baubetriebe. Sie können weder als Genossenschaften gelten, noch sind sie in ein anderes bequemes Schema zu pressen. Die Sozialen Baubetriebe ähneln eher den englischen Gilden, es sind im Grunde von den Gewerkschaften gezogene Betriebe, bei weiterem Wachstum durchaus in der Lage, das Baugewerbe maßgebend zu beeinflussen. Die Bauhütten beschäftigen in der verflochtenen Konjunktur nicht weniger als 20 000 Arbeiter. Bauwerke in allen Gegenden Deutschlands legen Zeugnis davon ab, daß zu einer soliden und geschmackvollen Bauweise durchaus kein privater Bauunternehmer notwendig ist. In der Bauhüttenbewegung ist die Selbstverwaltung der Produktion durch die im Baugewerbe beschäftigten Kopf- und Handarbeiter und ihre Organisationen angebahnt. „Das weitere Ziel der Bauhütten“, so erklärte Kollege Ellinger auf dem Gewerkschaftskongress sehr treffend, „ist die Ersetzung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln durch Kollektiveigentum, die demokratische Selbstverwaltung des Baugewerbes durch die in den Gewerkschaften organisierten Kopf- und Handarbeiter und eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages. In der Bauhüttenbewegung sollen die Arbeiter nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt in der Wirtschaft sein.“ Nicht nur die Bauarbeiterschaft, auch die Gesamtarbeiterschaft hat alle Ursache, diesem jüngsten Machtfaktor der organisierten Arbeiterbewegung Beachtung zu schenken. Wenn eins dazu den Ansporn gibt, dann die wüthende Bekämpfung der Bauhütten durch die Unternehmer.

Und dann ist noch eine Gründung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vorhanden, die sich prächtig anläßt und zu den größten Hoffnungen berechtigt: Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G. Die Arbeiterbank hat Schwestern in andern Ländern, die ihr ein gutes Beispiel geben, deren Voraussetzungen dennoch nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen werden können. Hier ist der Boden viel schwieriger als beispielsweise in dem reichen Amerika. Doch die Arbeiterbank marschiert. Sie hat jetzt angefangen, ein Netz von Zastellen über das ganze Reich zu spannen. In Hamburg wurde eine Filiale errichtet. Dies alles zu dem Zwecke, die von der Arbeiterschaft erübrigten Gelder zu sich heranzuziehen. Die Gelder der Arbeiterschaft sollen auch in Dienste der Arbeiterschaft verwendet werden. Das ist das Ziel der Arbeiterbank. Welche Zukunftsaussichten eröffnen sich hier! Die Ersparnisse der Arbeiterschaft, die Gelder der Gewerkschaften und anderer Organisationen an einer Stelle vereinigt: das ergibt eine gewaltige materielle Macht, so daß die Zukunft der gewerkschaftlichen Kämpfe ein ganz anderes Fundament erhält. Die Arbeiterbank kann zum finanziellen Nervenzentrum der gesamten Arbeiterbewegung werden. Schon darin

liegt ihre Bedeutung als Machtfaktor der Gegenwart, vor allem der Zukunft!

Wir haben hier wirtschaftliche Faktoren der modernen Arbeiterbewegung aufgezählt, zu denen noch die „Volkswirtschaft“ zu fügen wäre. Jede von den aufgezählten Machtfaktoren für sich und alle zusammen ermöglichen der Arbeiterbewegung eine erhöhte Kraftentfaltung zur Erweiterung ihres Lebensstandards und zur endgültigen Niederringung der kapitalistischen Gesellschaft. Nur nicht müde werden!

### Zur Wirtschaftslage Deutschlands.

Das hervorsteckendste Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung ist der erhebliche Rückgang des Einfuhrüberschusses im September. Der Einfuhrüberschuß, der im August 454 Millionen Mark betrug, ist auf 292 Millionen Mark gesunken. Die reine Wareneinfuhr wies einen Rückgang von 109 Millionen die Ausfuhr eine Zunahme von 22 Millionen auf. Von der letzteren entfielen rund 50 Millionen auf Fertigerwaren. Die Verbesse rung der Handelsbilanz, die sehr lange auf sich warten ließ, mußte endlich einsehen. Für den Rückgang der Einfuhr sorgte das Ausbleiben von ausländischen Anleihen, die dies finanziert hätten. Erst in letzter Zeit ist das amerikanische Kapital wieder bereit Anleihen zu gewähren, wenn sich auch diese Bereitwilligkeit vor allem auf die Kommunen erstreckt. Die Erhöhung der Ausfuhr ist aber zum Teil auch das Ergebnis der fortwährenden Umstellung der Industrie und der noch andauernden Kreditbeschränkungen, die die Industrie zum Verkauf selbst zu niedrigen Preisen zwingen.

Die handelspolitische Lage ist trotzdem für die weitere günstige Entwicklung der Ausfuhr nicht vorteilhaft. Am 1. Oktober ist zwar der schon vor langer Zeit abgeschlossene amerikanische Handelsvertrag, der auf Weisbegünstigung aufgebaut ist, in Kraft getreten. Die schwerenden Handelsvertragsverhandlungen konnten jedoch nicht zu einem günstigen Abschluß gebracht werden. Mit Spanien ist infolge der Kündigung durch Deutschland kein Vertrag vorhanden, mit Italien ist ein Handelsvertrag zustande gekommen, der Deutschland ebenfalls die Weisbegünstigung gewährt. Die Verhandlungen mit Frankreich sind immer noch nicht über den letzten Punkt gelangt. Der Zollkrieg mit Polen dauert weiter an. Die Konferenz von Locarno konnte zwar bei den Verhandlungen mit Polen eine freundlichere Stimmung und die Bereitwilligkeit zu Vereinbarungen bewirken, falls diese nicht durch die deutsch-nationale Rumpolitik wieder in Frage gestellt werden. Das vom Reichstag angenommene Saarabkommen konnte bisher nicht in Kraft treten, weil die darin vorgezogene Verständigung der jordanischen mit der elbisch-ostpreussischen Industrie nicht zustande kam. Als positives Resultat der Handelspolitik ist das Zustandekommen eines Handelsvertrages mit Uruguay zu buchen, der als Ausbau des Napoleonvertrages zur Förderung des gegenseitigen wirtschaftlichen Verkehrs gute Dienste leisten kann, zumal der Abschluß von der Bewilligung eines Hundertmillionen-Warenkredits an Uruguay begleitet war. Mit Holland verlaufen die Verhandlungen günstig, auch werden im Monat November eine Anzahl von Verhandlungen mit verschiedenen andern Staaten in die Wege geleitet. Sehr erfreulich werden diese Verhandlungen durch die überall ohnehinige Hochschulpolitik.

Die Konjunkturlage ist uneinheitlich. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit von August auf September und im Monat Oktober läßt auf eine Verschlechterung der Konjunktur schließen. Auch wurde in mehreren Industriezweigen die Kurzarbeit vermehrt. Das Sorgenbild der Wirtschaft ist weiterhin die Metallindustrie, wo fast sämtliche Zweige über weiteren Rückgang des Absatzes klagen. Insbesondere sind diese Klagen vielfach übertrieben. Die jüngst veröffentlichte Produktionsstatistik über die Erzeugung von Nohseisen, Stahl und der Walzwerke bringt Jiffen, die über Erwarteten hoch sind, wenn sie auch gegenüber August eine Abnahme aufweisen. Auf das neue Reichsgebiet gerechnet erreichte trotzdem die Septemberproduktion im Vergleich zum Monatsdurchschnitt 1913 bei der Metallgewinnung 84,5 %, bei den Walzwerken 85,1 %. Reichsgebiet hat sich die Lage der Metallindustrie, Schuh- und Lebensmittel-eingelen Zweige, wie Textil-, Eisen- und Automobilindustrie, die infolge ausbleibender Bestellungen der mit Vorkontrollen durch den Reichsbahn zu Einschränkungen scheitern mußte, der vor 4 bis 5 Monaten noch gut beschäftigten Automobilindustrie, wo die Krise infolge Aufhebung des Einfuhrverbots zugleich mit dem Anfraktieren der neuen Zölle einsetzte; ferner in der Textilindustrie, in deren ungünstigen Verhältnissen sich die Weltlage des Schiffbaues widerspiegelt und in der Holzindustrie. Paaren hat

die seit langem anhaltende Kohlenkrise ihren Tiefpunkt übergriffen, es wurde bereits im September die höchste Kohlenförderung in diesem Jahre erreicht. Diese Entwidlung ist vor allem dem Kohleneinfuhrverbot aus Polen, das die Förderung der deutsch-oberösterreichischen Gruben freisetzt, zuzuschreiben. Aber auch die Ruhrkohlenzeugung war im September höher als in irgendeinem Monat seit März; die Belegzahl der Züge ging jedoch weiter zurück und betrug Ende September 403 807. Sie ist damit heute um etwa 17 250 Mann geringer als vor dem Kriege. Die meisten Zweige der Textilindustrie sind gut beschäftigt, aber auch die Woll- und Seidenindustrie. In der Baumwollindustrie ist seit Einführung der Fülle eine Nachfrage vorhanden, die die Leistungsfähigkeit der Betriebe übersteigt, während die Kapitalintensivierung des Produktionsapparates im Wege steht. Die Wollindustrie zeigt, wenigstens nach den amgelieferten Vorarbeiten, um urteilen, im Oktober noch nicht das saisonmäßige Abschließen. Auch die Glasindustrie, ausreißend beschäftigt.

Die Preisentwicklung war rückläufig. Die Großhandelspreisindex des Statistischen Reichsamts ging im Laufe des September um 4,4 %, im Oktober um weitere 1,6 % zurück. Indessen sind die Preisrückgänge nicht die Folge der Preisabnahme, sondern der Preisbewegung von Weltmarktpreisen, von denen die Preise für Roggen, Weizen, Zuder, Baumwolle, Benzin gesunken sind. Vor allem ist das Sinken der Weltgetreidepreise bemerkenswert, dessen Ausmaß hoch genug war, um die Witzungen der deutschen Getreidehändler in der Richtung einer Preisrückbildung weit zu machen. Die günstige Weltmarktlage, noch mehr aber die mangelhafte Aufnahmefähigkeit der Märkte, haben diesen Preisrückgang auf dem Weltmarkt hervorgerufen. Für die Lebenshaltungskosten hat sich der Preisrückgang noch nicht ausgewirkt. Die allgemeine Preislage ist immer noch zu hoch. Das die Preise werden von den Kartellen diktiert. Das Vorgehen der Regierung gegen die Kartelle hat auf die Bekämpfung der Kartellkontrolle und der freibewerbenden Preise beschränkt; eine weitere gesetzliche Ausdehnung der Kartellkontrolle ist nicht vorgezogen.

Der Geldmarkt bietet das Bild der Flüssigkeit für Vorkriegsleiter und der Knappheit für Anleihen auf längere Frist. Die letzten Zweimonatsbilanzen der Banken zeigen die verhältnismäßig geringe Kapitalbildung bei den privaten Banken im Gegensatz zu den öffentlichen Geldinstituten, wo man auch nur Übergangsweise, große Einlagen vorhanden sind. Diese Umstände halten auch bei der Unterfütterung und Sanierung von in Not geratenen Unternehmungen her. Von diesen Sanierungskrediten ist die Unterfütterung des oberösterreichischen Viehbesitzers und des Stummkongress herzuheben. Auch mußte der Richardshahn-Kongress gestützt werden. — Die bedrückte Lage des Handels kommt in der außerordentlichen Zunahme der Kontrakte zum Ausdruck. Diese erreichten im September bereits den Monatsdurchschnitt der Vorkriegszeit, während im August nur 1100 erreichte. — Auch die Landwirtschaft kämpft gegenwärtig mit Geldmangel. Die Hundertmillionen-Kontenbankleihe kam bisher noch nicht zur Verteilung, dagegen müssen die Landwirte einen Teil der von der Reichsbank und von der Rentenbank empfangenen Wechselrechte zurückgeben. Die gedrückten Getreidepreise setzen außerdem die Bereitwilligkeit der Landwirte, ihr Getreide vorzeitig auf den Markt zu bringen, herab.

Der abgelaufene Monat hat den gewaltigen Konzentrationssprozeß, dessen Zeugen wir heute sind, weiter gefördert. In diesem Monat ist die Fusion in der chemischen Industrie unter der Leitung der Badischen Anilin-Gesellschaft vollzogen; damit entfiel die größte Gesellschaft Deutschlands mit einem Stammkapital

von 647,6 Millionen Mark. Das Zustandekommen des Nierenkonzerns im Ruhrgebiet ist bereits gesichert. Ihm werden Hoeslin, Wöhrig, Rheinisch und die Rheinische-Eisen-Union beitreten. In Oberösterreich ist der Montantrust durch Zusammenfluß von Unternehmungen der Oberösterreichischen Eisenhütte A.-G., der Donnersmarkhütte A.-G. und der Oberösterreichischen Eisenindustrie A.-G., zustandekommen. Weitere Konzentrationen von großer Bedeutung wurden in der Zement-, Kunstfaser- und Mühlenindustrie vollzogen. In der Zementindustrie ist durch die Interessengemeinschaft des Birlingkongress mit dem Heidelberg ein Zusammenfluß zustandekommen, der ein Viertel der gesamten deutschen Produktion in sich vereint. In der Kunstfaserindustrie ist die Anteilnahme des amerikanischen Kapitals bezeichnend. In der Rheinisch-westfälischen Mühlenindustrie ist die Verschmelzung von 6 Mühlen unter der Leitung einer Handelsfirma, der Getreidekommission A.-G., Düsseldorf, zu den internationalen Zusammenhängen ist Ende Oktober die deutsch-belgische Walzdrahtkonzentration gekommen, die sich auf den Ausfuhrmarkt der gegenwärtigen Konkurrenz und die Festlegung von Mindestpreisen erstreckt.

**Rückständige Löhne und Bauperr.**

In Hamburg hatte die Baufirma Schwarz die Zahlung eingestellt und auch den bei ihr beschäftigten Arbeitern die letzte Lohnzahlung vorenthalten. Einem alten Brauch gemäß, verhängte die Bauvereinschaft über den Bau, an dem unsere Kollegen den letzten Lohn nicht bekommen hatten, die Sperre. Diese wurde auch nicht aufgehoben, als eine andere Firma den Bau fertigstellen sollte. Die Bauvereinschaft Hamburg verlangte vielmehr, daß zunächst die rückständigen Löhne ausgezahlt werden müßten; erst dann könne die Baufirma freigegeben werden. Die Bauherrin, die Firma Hagen A.-G., fühlte sich benachteiligt und erwiderte beim Amtsgericht Hamburg eine einstweilige Verfügung gegen den Vorstand der Bauvereinschaft, wonach die Sperre sofort aufgehoben sei.

Die Bauvereinschaft erhob sofort Widerspruch beim Landgericht und erzielte damit die Aufhebung der einstweiligen Verfügung. Die antragstellende Firma wurde zur Ertragung der Kosten des Rechtsstreits verurteilt. (Landgericht Hamburg Z. J. 713/25 am 14. Oktober 1925.) Wir lassen die hauptsächlichsten Entscheidungsgründe des Landgerichts folgen:

Antragsteller hat die Bekanntmachung aus dem „Hamburger Echo“ vom 28. August 1925, Nr. 229, vorgelegt, die, wie die angeführte Bekanntmachung in der „Volkszeitung“, Veranlassung zu der einstweiligen Verfügung gegeben ist. Die Bekanntmachungen haben folgenden Wortlaut: „Deutscher Bauvereinsbund, Bauvereinschaft Hamburg. In der Baufirma der Firma Schwarz a. S. Hamburg, Baufr. 16/17, erhielten die Bauarbeiter am Lohnzahlungstage nicht ihren fälligen Wochenlohn ausgezahlt. Wir warnen jeden Bauarbeiter, an dieser Baufirma in Arbeit zu treten, bevor nicht der rückständige Lohn gezahlt ist. Der Vorstand.“ In dieser Veröffentlichung liegt weder ein Verstoß gegen § 223, noch § 24, noch § 26 W. G., insbesondere ist durch eine Veröffentlichung in der gewählten Form eine Preisfestsetzung der Firma Hagen a. S., wie Antragsteller behauptet, nicht zu ersehen. Die einstweilige Verfügung unterlag daher ohne weiteres der Aufhebung. Die einstweilige Verfügung wendet sich gegen die von der Antragstellerin behauptete, von der Antragstellerin verhängte Lohnsperre. Aus den Veröffentlichungen ergibt sich eine solche Ausprägung nicht. Dagegen ergibt die eidesstattliche Versicherung des Maurermeisters Harries vom 22. September 1925, daß eine solche Sperre über den Bau verhängt ist. Nach dieser Versicherung hat der Vorstehende des Bauvereinsbundes, Fen, dem

Harries erklärt, daß, solange die von der Firma Schwarz geschuldeten Löhne von der Firma Hagen nicht gezahlt seien, keine Leute auf die Baustelle kämen. Der Antragsteller sieht hierin einen gegen die §§ 223 und 226 W. G. verstoßenden Boykott. Dem kann nicht zugestimmt werden. Das Reichsgericht hat in seiner ständigen und umfangreichen, Boykott und Ausperrung betreffenden Rechtsprechung immer den Standpunkt vertreten, daß Maßregeln zur Überwindung des Widerstandes des Gegners erst dann gegen die guten Sitten verstoßen, wenn die angewendeten Mittel an sich unbillig sind, oder wenn der dem Gegner zugefügte Nachteil zu erheblich ist, daß dadurch dessen wirtschaftliche Verfassung herabgesetzt wird, oder wenn der Nachteil, der dem Gegner erwächst, zu dem erwarteten Vorteile in keinem Verhältnis steht. Weder das eine noch das andere kann im vorliegenden Falle behauptet werden, zumal nicht der letztere die Antragstellerin auf ihre günstige finanzielle Lage besonders hingewiesen hat. Daraus, daß nicht die Firma Hagen Vertragskontrahent der Arbeiter ist, sondern die Firma Schwarz, kann kein Einwand gegen die Handlungsweise des Antragstellers entnommen werden. Nur das Gegenteil würde gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstoßen. Vorgänge wie bei der Firma Schwarz können sich auch bei anderen Unternehmern wiederholen und die Arbeiter erneut um die Früchte ihrer Arbeit bringen. Es hiesse, die Arbeiter derartigen Möglichkeiten schuldlos zu liefern, wenn man ihnen in solchen Fällen die tätige Hilfe ihrer Organisation verweigern wollte. Die Organisation ist die im Lohn- und Wirtschaftskampfe berufene und anerkannte Stelle, in solchen Fällen regulierend einzugreifen. Es ist in der Rechtsprechung des Reichsgerichts wiederholt anerkannt, daß die Organisation bei der Verfolgung solcher Ziele vor entgegenstehenden Interessen Dritter nicht zurückzutreten braucht und daß ein gewisser Druck nicht aus dem Rahmen des gesetzlich Gebotenen herausfällt. Im eine solche organisationsmäßig gebotene Interessenvertretung handelt es sich hier. Für nur deshalb Äußerungen zu ziehen, weil keine direkten Rechtsbeziehungen zwischen den Arbeitern und der Antragstellerin bestehen, würde eine neue formalistische Auslegung sein, deren Unzulässigkeit durch die Entscheidung der Boykott- und Ausperrungsrechtsprechung bestätigt ist. Die einstweilige Verfügung war daher aufzuheben.

**Unternehmerdrang nach Befestigung sozialer Einrichtungen.**

Die bürgerliche Presse bringt immer wieder Nachrichten, die sich mit einer Zusammenlegung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums beschäftigen. Es wird in diesen Notizen darauf hingewiesen, Reichsarbeitsministerium und Reichswirtschaftsministerium seien Schöpfungen des Krieges, sie hätten infolge der überaus schweren wirtschaftlichen Verhältnisse einen großen Umfang angenommen, so daß es nun erforderlich sei, den ins Riesengigant angewachsenen Verwaltungsapparat zu verkleinern. In diesem Zusammenhang wird berichtet, die Reichsregierung stehe der Zusammenlegung der beiden Ministerien nicht ablehnend gegenüber.

Der Zweck der Uebung ist klar. Es handelt sich um einen neuen Schlag gegen die soziale Verfassung und die sozialen Rechte der Arbeiterklasse. Die Unternehmer nehmen an (ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingelassen), daß sie in ihrer arbeitereindlichen Tendenz ein Stück Weges weiter kommen, wenn sie das Reichsarbeitsministerium zu einem Teil des Reichswirtschaftsministeriums machen. Deshalb die Verbindungspäne auf Grund der Zusammenlegung der beiden Ministerien.

Nachdem man im Reiche aber ganz gehörig abgemuldet und festgestellt hatte, Verhandlungen über die Zusammen-

**„Grundstein“-Lüge und Schivelbeiner Wahrheitsdrang.**

Dort im gelegentlichen Hinterparterren liegt die allbekannte Witzfabrik Schivelbein. In dieser Metropole pommerischer Würde und Intelligenz begünstigt die Bevölkerung mit geistigem Schmalz reich, fromm, fröhlich und fromm bößlich der Monitor aller baltischen Schivelbeiner, die „Schivelbeiner Kreiszeitung“. Vor diesem hohen geistigen Forum stand kürzlich unser „Grundstein“ zur gerechten Beurteilung. Er belam die wohlbedienten journalistischen Fußstapeln...

Woburd hatten wir uns johlende allerhöchste Ungnade zugezogen? Durch die Veröffentlichung jenes von hoher, deutscher Poeterei zeugenden Liedes, feuchtschönlich gestiegen nach der schönen Melodie „Der Kapit lebt herrlich auf der Welt“. Dem Sitzungsprotokoll des landwirtschaftlichen Vereins zu Ostrib. Dort war das Lied mit dem echtdeutschen Geschäftssinn verdrängten Weizen „Weiß vorne nicht, geht hinten run“ rauen, urteutonischen Kadenzstellen entzogen. Dieses Gedicht hatte der bermalte „Vorwärts“ dem „Grundstein“ entnommen, wodurch die Kunde unserer Schandtat auch in Schivelbeiner Kreiszeitung wurde. Denn die Schriftleitung der „Schivelbeiner Kreiszeitung“ erhält den „Vorwärts“ im Umschnitt, und nun tritt der „Vorwärts“ und uns als „Quelle“ der allerhöchsten Wahrheit aus dem Rintensch der „Schivelbeiner Kreiszeitung“. Mit zornig-krummen Augenaufschlag wird den Lesern dieses Weltblattes unsere und des „Vorwärts“ Schandtat vermeldet unter der Ueberschrift „Vom Tiefstand der Kreispresse“ — Verzeigung, zürnende Schivelbeinerin, wolle sagen: „Vom Tiefstand der Linkspresse“. Denn diese Geschichte ist — erschaudert, bereite Schivelbeiner, es der Verlogenheit und Schleichheit der jüdischen Linkswelt — eine bummelste Verleumdung. In die Vaterstadt dieser Verleumdung seien sich nach dem salomonischen Richterpruch der Schivelbeinerin „Vorwärts“ und „Grundstein“. Den letzteren aber trifft als Urheber besagten Prespektredens noch der besondere Ausdruck urteutonischer Verachtung; denn es heißt in Klammern in bezug auf den „Grundstein“: „Wer kennt dieses Rätselblattchen.“ Gut geküßelt, edler Parde! Aber Du hast vergessen, hinzuzusetzen: „im gutwilligsten Verzeite der „Schivelbeiner Kreiszeitung“ einschließlich ihrer so hochgeachteten und welt-erfahrenen Schriftleitung“. Diese erachte ohne weiteres Schivelbein als den Brennpunkt des Erbbaus und das „Schivelbeinerische „Kreisblatt“ als ein Blatt von größerer

Auflage, von gewaltigerem Umfange als etwa die „Times“ oder der Pariser „Matin“ (Sp. Spinnne, Weltstand!). Da man schon mit feinerer Recherche herbeigefahren auf den amerikanischen „Grundstein“ dieses lägenhafte Rätselblatt, dessen Schriftleitung sich solche Verleumdungen aus dem nichtsinnigen Federfeld jagt. Was, Ihr „Grundstein“-Männer magt einen läglichen Protest? Ihr müdet nicht „Rätselblatt“? Eine einmalige Auflage des „Grundstein“ wiege weit schwerer als die ganze Jahresauflage der „Schivelbeiner Kreiszeitung“? Auch wenn Ihr damit recht habt, Ihr bleibt den o gegenüber diesem Weltblatt belanglose Nichtigkeit. Denn in Schivelbein kennt Euch keiner, nicht einmal die konzentrierte Schivelbeiner Intelligenz im Kreisblatt. Und merkt es Euch: Seht die weltumfassenden Verbindungen der „Schivelbeiner Kreiszeitung!“ Aus dem von Schivelbein fernentlegenen Ostrib läßt sie sich Eure Schandtat abeln. Der wahrheitsbesessene Ostrib Korrespondent meldet auch gleich, daß das „Grundstein“ Erzählung aufgelegt Schwindel sei.

Heil den braven Schivelbeinern, die in dieser treudeutschen Werte dem Tiefstand der deutschen Linkspresse unterrichtet werden! Wie groß und herrlich muß es sein, abends am Stammtisch der Schivelbeiner Urteutonien bei schäumendem Meil und udermächtigem Knatter zu sitzen und zu jagen das hohe, hoch redenshaft-erleuchtete, allzeitige Sinnereit und in die Selts der Unterwelt zu schlütern die verlogene, verjudete Linkspresse, auf daß Deutschland bald wieder aufstehe zur ganzen, schwerer- und jorenkündenden Macht und Herrlichkeit! Heil!

Und den „Grundstein“ kennt man in Schivelbein an der Tafelrunde biederer Meiden nicht. Auch Ostrib nicht. Aber man kennt die Schriftleitung der „Schivelbeiner Kreiszeitung“ und deren unandelbare, urteutonische Weisheit und Wahrheitsliebe. Heil!

Wir aber tun Buße in East und Afise...

Weneidenswert ist, wer für andere Wesen, wer für ein Liebes lebt und kämpft und leidet, wer für sich selbst nur lebt, ist arm. Gernamn Stagg.

Die Revolution ist noch eine und dieselbe, wir haben erst den Anfang gesehen, und viele von uns werden die Mitte nicht überleben! keine.

**Der Sonntagsrock.**

Welchen Beruf der schaffende Mensch auch hat, er steht bis auf Ausnahmen in der Achtung seiner Arbeit. In ungeahnte Einzelgebiete hat die Arbeitsteilung des modernen Wirtschaftslebens das Schaffen zerissen, und in diesen kleinen Einzelheiten erfüllt nun jeder sein Wert, Tag für Tag.

Und für wen? Wenn noch der Gedanke den schaffenden Menschen erheben könnte, daß das alles geschieht um des Menschen willen und nur für den Menschen! Wenn dieses Menschliche des Schaffens der Arbeit noch die ertragende Seele verheißt! Aber wo ist denn die Arbeit? Doch nur für den spekulativen Gedanken, der das Unternehmen gründet und leitet. Und zugleich für die eigene, kleine, bescheidene Lebenserzierung.

Wie selten ist doch das proletarische Dasein! Wie ist es so ganz ohne Freude! Wie ist der Mensch in seinem Schaffen doch so ganz ohne das Menschliche.

Es ist es da nicht zu verstehen, wenn der Mensch dann am Sonntag in sich eine Befreiung empfindet von einer Last? Wenn dann ein Aufatmen seiner Seele ihn fühlen läßt, daß er doch eigentlich im Grunde seines Daseins noch Mensch ist mit lebendigem Gefühl und teilnehmendem Willen und Streben? Und wenn er sich dann am Sonntag bewußt legt auf all seinem Treiben? Und wenn er dann ein anderes, besseres Gewand trägt, den Sonntagsrock?

Der Sonntagsrock ist ein sozialer Ausdruck der Welt. Es ist nicht nur Form, wenn der arbeitende Mensch am Sonntag seinen Rock aus seinem Schranke holt. Es geschieht nicht, nur weil Sonntag ist und es sich am Sonntag zu gehört und es Sonntag so üblich ist. Es ist die Kulturseele des Menschen, die mit dem verklärten Menschen auch den wertvollsten Rock ablegt. Und wenn das proletarische Volk dann in Sonntagskleidung — und ist sie noch so schlicht — am freien Sonntag daheim sitzt und plaudert und lacht oder sich erholend in den Straßen, in der Natur gemächlich ergeht, so liegt da über dem Ganzen ein stiller Zauber des Menschlichen, ein Sehen nach Menschlichem, ein Erleben von etwas, das mehr ist als Brot und jenseits der Sorge ist.

Den Menschen hat die Maschine des Kapitalismus doch noch nicht entzogen. Der Mensch lebt. Der Mensch will — und wird.

Der Sonntag ist wie eine Atempause.

legung der beiden Ministerien, wie die bürgerliche Presse zu werden wolle, hätten nicht statgefunden, verucht man nun, das Arbeitsministerium auf eine andere Art und Weise verschwinden zu lassen. Auf der Tagung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen für Österreich und Bessien und der nordwestlichen Gruppe des Vereins der Stahlindustriellen in Düsseldorf geht der bekannte Kommerzienrat Dr. Ing. K. u. G. H. Oberhausen, eingehend auf die Angelegenheit ein. Nachdem er gegen die Sozialpolitik zu Felde gezogen, führt er unter anderem folgendes aus.

„Es würde mich aber freuen, wenn die notwendige Verwaltungsreform zu dem Ergebnis führt, daß Arbeits- und Wirtschaftsministerium schon im Hinblick auf den innigen Zusammenhang zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik künftig nicht mehr zum Schaden für die gesamte Wirtschaft weiter nebeneinander arbeiten. Ich teile mit einem großen Teil meiner Freunde die Ansicht, daß das Wirtschaftsministerium zweckmäßigerweise verschwindet und seine Aufgaben voll und ganz vom Arbeitsministerium übernommen werden.“

Also der Weg ist egal: Ob so oder so. Es kommt eben darauf an, die Bedeutung der beiden Institute in der sozialen Wirtschaftspolitik auszusprechen. Die Gewerkschaften werden alle Mittel in Bewegung zu setzen haben, um das zu verhindern. Wir haben ganz gewiß kein Vertrauen zum Arbeitsministerium. Trotzdem möchten wir diese Einrichtung nicht missen. Was wir verlangen, das ist, daß Männer dort sitzen, die das Vertrauen der Gewerkschaften rechtfertigen, die nicht den Unternehmern die Stiefel putzen. Also nicht Abbau, sondern Reorganisation zugunsten der Arbeiter und Angestellten!

**Unternehmerkniffe.**

Lieber die Steigerung des Lohnniveaus gibt „Die Deutsche Arbeitgeberzeitung“ einen — wie sie sagt — „interessanten Aufschluß“. Sie führt die Lohnsteigerungen in der mittelständigen Metallindustrie in der Zeit vom Januar 1924 bis September 1925 auf. Nach diesen Angaben sind die Löhne der Metallarbeiter um 74 %, der Klempner um 112 %, der Metallbrüder um 152 %, der Metallarbeiter sogar um 161 % gestiegen. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ findet diese Zahlen deshalb interessant, weil man daran sehen könne, wie in Wahrheit die „Ausbeutung“ aussehe, die dem Unternehmer tagtäglich von der organisierten Arbeiterschaft bezogen würde.

Auch wir finden an diesen Feststellungen manches Interessante. Wir sehen zum Beispiel, daß die mittelständigen Wochenlöhne der oben angeführten Berufsgruppen in Höhe von rund 43 bis 62 M sich durchaus neben den Bauarbeiterlöhnen in Mitteldeutschland sehen lassen können. Wenn die Angaben stimmen — die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ läßt doch wohl nicht — dann ist das Ergebnis über die „heben Bauarbeiterlöhne“ also durchaus unzutreffend. Noch mehr interessiert es uns aber, daß die „Arbeitgeberzeitung“ nicht die Steigerung der Stundenlöhne, sondern die Steigerung der Wochenlöhne anführt. Aus diesem wohlüberlegten Unternehmerkniff darf wohl geschlossen werden, daß die prognostizierten Erhöhungen der Wochenlöhne nicht eine entsprechende Steigerung der Stundenlöhne bedeuten, sondern zum guten Teil auf eine Verkürzung der werktätigen Arbeitszeit zurückzuführen sind. Die Arbeiter werden also, wenn auch nicht stärker, so doch länger „ausgebeutet“.

Wir Bauarbeiter müssen uns bei dieser Notiz an die bevorstehenden Besuche der Bauunternehmer zur Verärgerung der Arbeiterschaft im Auge behalten. Durch längere Arbeit — so sagte man uns — könnten wir leicht unser Einkommen verbessern. Wenn das geschehen wäre, würden die Bauunternehmer nun ebenfalls an den „heben“ Wochenlöhnen der Bauarbeiter nachweisen, daß deren Stundenlöhne viel zu hoch seien und unbedingt herabgesetzt werden müßten. Sie würden bei der Gegenüberstellung der Lohnsteigerung und der Steigerung der Lebenshaltungskosten nach dem Muster der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ nicht an den ungewöhnlichen Tiefstand der Löhne im Januar 1924 erinnern, sie würden nur auf die Steigerung hinweisen und anstatt mit Stundenlöhnen mit Wochenlöhnen jonglieren. Die Notiz gibt also auch uns manchen „interessanten Aufschluß“; zugleich aber ist sie eine ernste Mahnung, im Augeverbe wie bisher am Achtstundentag festzuhalten.

**Die Berliner Rechtsanwältinnen und das Arbeitsgerichtsrecht.**

Am 30. Oktober hatten sich die Berliner Rechtsanwältinnen persönlich veranlagt, um zu dem Arbeitsgerichtsgerichtsentwurf Stellung zu nehmen. Vertreter der Behörden, der Richterverbände und der Gewerkschaften waren ebenfalls anwesend. Es handelte sich natürlich um den Ausschluß der Rechtsanwältinnen in der ersten Instanz, so wie ihn der Gesetzentwurf in voller Übereinstimmung mit den Arbeiten und Angestellten aller Richtungen vorsieht.

Fünf Berichterstatter waren dazu berufen worden, die unbedingte Notwendigkeit der Zulassung der Rechtsanwältinnen, um die besten ausschließliche Zulassung zu fordern, zu vertreten und zu begründen. Rechtsanwältin Saenger, München (sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter), Richter Dr. Schminke, Bremen, Professor Dr. Ripperdy, Köln, Justizrat Sauer, Köln, und Professor Dr. Sowodna, Graz, traten alle in dasselbe Horn. Sie wollen im „Recht“ nur die „Wahrheit“ suchen, dieses Recht und diese Wahrheit sollen die alleinige Domäne der Richter und der Rechtsanwältinnen sein. Die Unternehmer und die Arbeiter sind dazu ungeeignet. Besonders die Gewerkschaften wollen das Arbeitsgerichtsrecht durch die Vereinfachung der Parteivertretung für die Inorganischen Parteien dazu benutzen, diese Inorganischen Angehörigen der Gewerkschaftsmittglieder zu werden. Dagegen wollen die Rechtsanwältinnen die „Freiheit“ der Inorganischen verteidigen. Die Gewerkschaften hätten kein Recht zu diesen Forderungen, da die Mehrheit der Arbeiter nicht Mitglieder der Gewerkschaften seien. Bei der Gewerkschaft der Gewerkschaften gegen die Zulassung der Rechtsanwältinnen

spiele die Angst der Gewerkschaftsführer, ihre Stellung zu verlieren“, ein Woll. Ein Rechtsanwältin äußerte, wenn das Arbeitsgerichtsrecht, so wie es der Entwurf vorsehe, verabschiedet werde, müsse der Reichsjustizminister zurücktreten, da er das „Recht“ nicht an Laien ausliefern lassen dürfe.

Das waren die „Hauptargumente“. Ein Vertreter der Richter sagte den Rechtsanwältinnen die vollste Unterstützung der deutschen Richter in diesem Kampfe zu; er gab der Forderung Ausdruck, daß dafür die Rechtsanwältinnen für die Eingliederung der Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentlichen Gerichte Sorge zu tun hätten. Die Richter kämpften mit den Rechtsanwältinnen für ihren mannschaftlichen Kampf, der auch im Interesse der notleidenden Landwirtschaft liege, die das Geld, um an den Gerichtskosten zu sparen, nicht aufbringen könne (aber natürlich die Mittel hat, um die Rechtsanwältinnen zu bezahlen). Die alte Zeit müsse wiederkommen, wo man nicht mehr „Barwirtschaftsgerichten“, sondern wieder „Dienstmagern“ habe. Die „sozialen Geseetze“ müsse man alle abschaffen.

Diesen Unsinns hörte sich die Elite der deutschen Rechtsanwältinnen, die wohlstädtischen Rechtsanwältinnen, ruhig an. Kein Protest wurde laut. Dem Redner wurde

Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Zensalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten. Aber dieselben Menschen, welche die sozialen Verhältnisse gemäß ihrer materiellen Produktionsweise gestalten, gestalten auch die Prinzipien, die Idealen, die Kategorien gemäß ihren gesellschaftlichen Verhältnissen.  
Karl Marx (Das Elend der Philosophie).

sogar am Schluß seiner „Ausführungen“ frenetischer Weisfall gependel. Und die anwesenden sozialdemokratischen Anwälte sagten zu allem kein Wort. Sie vertreten sogar durch ihren stolzen Saenger ausdrücklich die „Ansicht“ der andern. Vom Arbeitsrecht, vom Gewerkschaftsrecht, vom Denken und Fühlen der Arbeiter und Angestellten verspürte man in dieser Versammlung keinen Hauch. Nur den anwesenden Gewerkschaftsvertretern aller Richtungen standen die Haare zu Berge.

Das zu schaffende Arbeitsgerichtsrecht wird die Verhältnisse aller Arbeiter, Angestellten und der Gewerkschaften sehr einschneidend berühren. Die Gewerkschaften werden alle Energie aufwenden müssen, um drohende Gefahren zu bannen. Dabei müssen die Gewerkschaften die Richter und Rechtsanwältinnen als ihre Gegner ansehen. Glücklicherweise sind die Arbeiter und Angestellten aller Gewerkschaftsrichtungen darin einig, daß die Rechtsanwältinnen in der ersten Instanz nicht notwendig, sondern eine Gefahr sind. Die vollkommene Nichtigkeit dieser Auffassung hat die Versammlung der hauptstädtischen Rechtsanwältinnen erneut erwiesen.

**Die Lage der Staatsfinanzen in den verschiedenen Ländern.**

In Frankreich fühlte die verworrene Lage der Staatsfinanzen zum Sturm Callaux, dem es nicht gelang, die dringenden Finanzprobleme zu lösen. Die Ansicht, die zur Einführung der fälligen Schaßscheine bestimmt war, ende mit einem Mißerfolg, auch die Verhandlungen zur Regelung der Kriegsschulden gegenüber den Vereinigten Staaten. Callaux wollte seine Steuerreform unter Schonung des Großkapitals durchführen. Ansehen war dieses, wie aus dem Mißerfolg der Ansicht hervorgeht, ihm keineswegs dankbar. So bleibt das französische Staatsbudget trotz der günstigen Wirtschaftslage des Landes weiter un-ausgeglichen. Verschlechtert hat sich die Lage des Staatsbudgets in England, wo die ungünstige Wirtschaftslage die Steuereingänge nachteilig beeinflusst, weshalb für das laufende Jahr ein Defizit befürchtet wird. Aus denselben Gründen ist die Wiederherstellung des Gleichgewichts im polnischen Budget, die durch die große Vermögensabgabe eingeleitet wurde, in Frage gestellt. Das österreichische Budget ist zwar in Ordnung, indem Ausgaben und Einnahmen ausgeglichen sind, doch wird dies durch das drückende System des vom Österreichischen Oesterreich ausgehenden Vermögensabgaben teuer erkauft. Die Ausgaben dürfen nicht erhöht werden, selbst wenn höhere Einnahmen zu erzielen wären, weshalb der Staat nicht in der Lage ist, die nötigen Entlagen zu machen und seine Verbindlichkeiten zu verringern.

Auch Ungarn hat auf Grund seines durch den Rückgang kontrollierten Sanierungsbudgets den Staatshaushalt in Ordnung gebracht, ja, es wurde dort im jetzt abgelaufenen Steuerjahr statt des vom Rückgang vorhergesehenen Defizits von 100 Millionen Kronen ein Ueberschuß von 51 Millionen Kronen erzielt. Dieser Erfolg konnte aber auch in Ungarn nur auf Kosten der Wirtschaft, der die nötigsten Kapitalien entzogen wurden, erzielt werden. Das Gleichgewicht des Staatsbudgets wurde in der letzten Zeit ferner hergestellt in Belgien und der Tschechoslowakei, wenn auch in diesen beiden Ländern neben dem ordentlichen auch noch außerordentliche Staatsbudgets vorhanden sind, die auf dem Anleihegewinn gedeckt werden müssen. Bemerkenswert ist die jüngst ge-

schehen Sanierung des griechischen Staatsbudgets, was durch sparsame Sparmaßnahmen auf der Ausgabe-seite und durch Erhöhung der Einkommen- und Erbschaftsteuer auf der Einnahmenseite erzielt wurde, des weiteren das mexikanische Staatsbudget, das im vorigen Jahr noch infolge des Bürgerkrieges ein großes Defizit zeigte. In diesem Jahre wurde dies in einen Ueberschuß umgewandelt. Zum erstenmal seit dem Krieg wurden die Staatsfinanzen in Italien und in Indien im Gleichgewicht gebracht. In beiden Ländern geschah dies jedoch unter Ausnutzung der Steuerkraft der freien Waren und Regalierung der Befehden. Auch Rußland gelang es, das Defizit auf seinem Staatshaushalt auszuscheiden. Neben Frankreich sind noch erhebliche Defizite der Staatshaushalte vorhanden in Spanien und Portugal, in den überseeischen Ländern in China, Brasilien, Argentinien und Südafrika. Das Staatsdefizit in Spanien wird durch den Marokkorkrieg, in China durch die Unmacht der Zentralregierung mit verursacht.

Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß es mit der Zeit den meisten Ländern gelungen ist, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Indessen kannte dies überall nur durch einen erheblichen Steuerdruck erreicht werden, der um so schwerwiegender ist, als das Volkseinkommen in den meisten Ländern zurückging. Die Regalierung des Weltverkehrs, Vermögen, Schuldentilgungen, für Deutschland auch Reparationsleistungen, große Ausgaben für das Heer im Frankreich und Polen, lassen die Staatsausgaben überall gewaltig aufschwellen. Verschärfend kommt hinzu, vor allem in Ländern, wo die politische Macht des Kapitals neu erstarkte, die Ungerechtigkeit der Einkommensteuer. Das Gleichgewicht der Staatsfinanzen wurde in den meisten Ländern durch Einführung von Steuern erzielt, die die Löhnen auf die schwächsten Schultern legen.

**Die Wettbewerbsfähigkeit der Bauhütten.**

Bei dem jetzigen Zustand der Bauwirtschaft, wo die Kommunen in erster Linie Träger der Bauwirtschaft sind, sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß in Gemeinden mit einer Arbeitermehrheit in den Parlamenten unsere Bauhüttenbetriebe eine gewisse Unterstützung in ihren gemeinschaftlichen Bestrebungen finden. Das ist jedoch nicht immer der Fall. So kann der Beschluß eines Stadtratsordnenkollegiums, die Bauarbeiten unter allen Umständen an den billigsten Unternehmer zu vergeben, eine durchaus un-gerechtfertigte Zurücksetzung der Bauhütten bedeuten. Denn die allgemeine Ansicht, die Bauhütten könnten, am billigsten arbeiten, trifft nicht immer zu. Wir müssen hier in Erwägung ziehen, daß die Vergabe der ersten Siedlungshäuser durch die Stadt wahrnehmen, daß kleinerer Unternehmer um 4 bis 6 % billiger waren als die Bauhütte. Bei einem später ausgeführten Schulneubau ging die Bauhütte wohl als billigste aus dem Wettbewerb hervor. Die Sache wurde dann aber so gehandhabt, daß ein Unternehmer um einen Bruchteil billiger wurde als die Bauhütte. So erging es der Bauhütte bei sämtlichen Bauarbeiten, die die Stadt ausführen ließ. Immer waren Privatunternehmer billiger als die Bauhütte.

Wie ist das zu erklären? Hier in Grimnitzkau sind die meisten von der Stadt vergebenen Arbeiten Siedlungshäusern, die alle die gleichen Maße und Massen aufweisen. Geringst es nun der Bauhütte, bei einer ersten Ausprobierung am billigsten zu sein, so kann man mit Bestimmtheit erwarten, daß beim nächsten Mal einige Unternehmer billiger sind als die Bauhütte. Die Unternehmer müssen eben genau, wie das Angebot der Bauhütte ausfällt, und unterbieten es auf jeden Fall. Zur besseren Veranschaulichung ein ganz besonders krasser Fall. Die Stadt Grimnitzkau schrieb zum zweiten Male die Erd-, Mauer- und Betonarbeiten zu einem zweigeschossigen Vierfamilienhaus aus. Der Geschäftsführer der Bauhütte leitete bei der Auktion Selbstkostenpreise ein. Von diesen Selbstkosten wurden noch 10 % in Abzug gebracht, wodurch das erste Angebot um 110 % heruntergebrückt wurde. Am Tage der Vergabe zeigte sich, daß ein ganz kleiner Krauer noch 1200 A billiger war als die Bauhütte. Dieser Unternehmer hatte sein erstes Angebot nochmals um 20 % heruntergesetzt. Bei solchen Submissions-ergebnissen muß man sich fragen, ob dabei eine reelle Ausführung der Arbeit möglich ist. Darauf kommt es aber doch hauptsächlich an. Nun ist ja bekannt, daß die meisten städtischen Baumeister keine Freunde der Bauhütten sind. Schon wegen der scharfen Kontrolle müssen die Bauhütten besonders saubere und exakte Arbeit leisten. Wer aber saubere und nette Arbeiten ausführen will, muß mit seiner Kalkulation vorsichtig sein, sonst geht er im Konkurrenzkampf unter. Dieser Kampf ist hier in Grimnitzkau in aller Schärfe erkannt, durch die Wirkung der Bauhütte. Die Unternehmer suchen mit allen Mitteln die Bauhütte niederzukämpfen. Besonders die kleinen Unternehmer sind dabei in mancher Beziehung im Vorteil. Sie sparen die Gehälter für außerordentlich viele und technische Angestellte. Nur noch geringere Bedeutung für uns ist aber, daß auch vielfach die tarifmäßigen Löhne nicht gezahlt werden. Besonders trifft das zu auf die Zuschläge für Holz- und Biegelträger. Das können und dürfen unsere Bauhütten nicht mitmachen. Sie sind in erster Linie zur Durchführung der vereinbarten Tarife verpflichtet. Die Mitglieder der Gemeindeparlamente aber sollen auch bedenken, daß die Senkung der Baukosten, die durch diesen Konkurrenzkampf entsteht, nur den Bauhütten zu verfallen ist. Es liegt also im wohlverstandenen Interesse der Gemeinden, wenn sie die Bauhütten auch in diesem Konkurrenzkampf unterstützen. Von jedem Arbeiter aber muß die Bauhütte verlangen, daß er von sich aus seine ganze Kraft einsetzt, und im Interesse des Ganzen noch mehr arbeitet als beim Unternehmer. Brusthalten für Faulenzer können die Bauhütten nicht sein. Wollen wir unsere Betriebe hochbringen und konkurrenzfähig halten, dann müssen wir unsere Pflicht erfüllen und dementsprechende Arbeit leisten. Das heißt sehr einfach, kommt unser Nachfolger gut. Darum braucht man noch keine Nachkommen aus den Bauhütten zu machen. Unsere Nachfolger werden uns diese Arbeit danken. Arbeiter wir, um zu stehen, liegen wir, um die Werte des Kampfes zu genießen.

Karl Fieker, Grimnitzkau I. S.

12 000 Mark für eine halbe Stunde.

Ueber die Löhne einzelner Arbeitergruppen zerbricht man sich den Kopf, obwohl sie im Vergleich zur Leistung nicht einmal die Reallohne der Friedenszeit erreichen.

Table with 2 columns: Description of legal proceedings and their duration/cost, and Amount in Mark. Includes 'Protokollierung einer Generalversammlung, Dauer 1 Stunde' for 12,000 M.

Das sind einzelne Beispiele, die, wie die Schriftleitung der 'Wirtschaftlichen Nachrichten' hinzusetzt, durchaus nicht vereinzelt dastehen.

Wucher im Seefischhandel.

Gegenwärtig sind die Fangergebnisse der Seefischerei sehr gut. Deshalb sind die Preise, die die Fischer für ihre Fänge bekommen, sehr niedrig.

Table with 3 columns: Fish species (e.g., Schellfisch, Kabeljau), Price per unit, and Total amount. Shows prices ranging from 13.5 to 50.

Es ist einfach unerhört, wie das Volk bewundert wird! Solche Zwischengemine stellen das Größte dar, was man auf diesem Gebiete bislang erlebt hat!

Der verpackte Preisabbau

Seit dem 8. August, als Aufbruch in Reichstag das Versprechen der Regierung abgab, vom 1. Oktober an die Preise zu senken, will das Versteuern über den Preisabbau nicht mehr verumflamen.

Interessant ist, was man von den Anstrengungen der Regierungen der Einzelhändler in der Richtung der Preisentwertung vernimmt. Namentlich ist es ergötzlich zu sehen, wie sich ausgesprochene Rechtsregierungen an der Sache vorbeizubringen suchen.

Die Regierung von Mecklenburg-Strelitz muß ebenfalls zusehen, daß die Preisentwertung ins Wasser gefallen ist. In ihrem Aufbruch ließ man: Das Ministerium hat zu seinem Bedauern feststellen müssen, daß die Bestrebungen der Reichsregierung, die Preise vor allem aber solche für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs, auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, von den Handels- und Gewerbetreibenden in Mecklenburg-Strelitz gar nicht, beziehungsweise ungenügend unterstützt werden.

Bei den Warenartikeln haben sich die Einzelhändler sehr euerlich gegen den Preisabbau gewehrt, wenn dabei auch die Abstriche erträglich wurden.

in der Zigarettenindustrie aus. Hier ist es dem Zusammenarbeiten von Regierung und Großbetrieben gelungen, trotz der neuen Steuerbelastung die alten Marken und ihre Preise zu halten.

Es gibt auch noch andere Kreise, die über den Erfolg der Preisentwertung der Regierung sehr pessimistisch urteilen. So schreibt die Dresdner Post in ihrem Monatsbericht vom 1. November: 'Noch sind die einer durchgreifenden Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaftsentwicklung entgegenstehenden Erscheinungen nicht beseitigt, und die für die Beurteilung der allgemeinen Hochkonjunktur maßgebenden Inhabergruppen befinden sich noch im Widerstreit'.

Troßdem redet man noch immer vom Preisabbau. Die ganze Aktion wird zu einem großen Fiasko. Troßdem können die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einem Preisabbau beitragen, und zwar durch Massenbeitritt in die Konjunkturvereine.

Rückertattung von Lohnsteuer.

- 1. Rückertattung wegen Verdienstauffall. 1. Der Arbeiter, der durch Krankheit, Erwerbslosigkeit, Streik oder Ausbürgerung nicht in den Genuß des vollen steuerfreien Jahresbetrags gekommen ist, hat Anspruch auf Rückzahlung der Lohnsteuer.

Bei wirtschaftlicher Notlage durch Unglück, Krankheit, Streik oder Todesfälle in der Familie ist die Finanzämter verpflichtet, für die Jahre 1924 und 1925 den abgezogenen Steuerbetrag ganz oder teilweise zurückzuerstatten, wenn die oben genannten Umstände durch Rechnungen belegt oder dem Finanzamt in anderer Form glaubhaft nachgewiesen werden.

Beispiele zur Rückertattung wegen Verdienstauffalls.

Table showing tax calculations for a mason (Maurer A.) and a cooper (Töpfer G.) with columns for tax amount, income, and deductions.

Beispiele zur Rückertattung wegen Verdienstauffalls.

Table showing tax calculations for a cooper (Töpfer G.) with columns for tax amount, income, and deductions.

Beispiele zur Rückertattung wegen wirtschaftlicher Notlage.

- 1. Das Kind des Arbeiters J. verunglückt beim Spielen, bricht den Fuß. Kosten für Arzt und Krankenhaus 80 M.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Bergwerksbund.

Werkstellungsvergebnis vom 26. Oktober 1925.

Large table showing employment statistics for various coal mines (e.g., Hagen, Dortmund, Essen) with columns for total workers, employed, and unemployed.

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit hält an. Von der Zählung ersicht wurden diesmal 346 517 Mitglieder gegen 351 491 in der vorigen Woche. Davon waren 22 304 arbeitslos.

Streiks und Lohnbewegungen.

- Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tischlerarbeiten: Geisert sind: Emoch, in Düsseldorf; Heß & Franke, in Brummen; die Firma Schöller, in Vöhrach; Heß & Franke, in Niederlahmstedt; die Stillner Schmollefabrik, Siegen.

Danzig. Nachdem wir, weil der Vorhändler des Tarifamtes einen Lohnabbau vollaufen wollte, das Tarifamt verlassen, hatten die Unternehmer den amtlichen Schlichtungsausschuß angerufen und dort beantragt, die Löhne für September um 2 1/2 % für Ungelernte um 3 1/2 % die Stunde abzubauen; außerdem verlangten sie, zu beschließen, das Tarifamt könne auch dann eine Entschädigung fällen, wenn die Arbeiterbesitzer das Tarifamt verlassen.

Die Regierung von Mecklenburg-Strelitz muß ebenfalls zusehen, daß die Preisentwertung ins Wasser gefallen ist. In ihrem Aufbruch ließ man: Das Ministerium hat zu seinem Bedauern feststellen müssen, daß die Bestrebungen der Reichsregierung, die Preise vor allem aber solche für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs, auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, von den Handels- und Gewerbetreibenden in Mecklenburg-Strelitz gar nicht, beziehungsweise ungenügend unterstützt werden.

Bei den Warenartikeln haben sich die Einzelhändler sehr euerlich gegen den Preisabbau gewehrt, wenn dabei auch die Abstriche erträglich wurden.



beachtlichen Lohnverhandlung geführte Streik. Daß der Baugewerksbund diese Zurückhaltung nicht mitmachte, erregte Unruhe in den Reihen unserer Kollegen. Diese Gelegenheit wurde von verantwortungslosen Elementen benutzt, um Mißtrauen gegen Bundesleitung und Baugewerkschaftsvorstand in die Reihen der Mitglieder zu tragen. Ein gewisser Burkhardt verfügte sich sogar dazu, Sonderkonferenzen und -versammlungen abzuhalten. Die Bundesleitungen glaubte er, nicht anzuerkennen zu brauchen; denn die seien ja von den Vorgesetzten, um den Mitgliedern zu dienen. Burkhardt ist daraufhin auf Antrag der Baugewerkschaft vom Bundesvorstand aus dem Bund ausgeschlossen. Nach der Aussprache über den Bericht brachte die Versammlung in einer Entschiedenheit zum Ausdruck, daß der Ausschluß Burkhardts gebilligt werde und der Vorstand verpflichtet sei, gegen alle, die da glauben, die Bundesleitungen nicht beachten zu brauchen, nach den statistischen Bestimmungen vorzugehen. Dann referierte Kollege Dorries über den Verlauf des Kampfes im Baugewerbe und die bevorstehenden Kämpfe. Anschließend wurden noch einige Organisationsfragen behandelt, die Maßnahmen des Bundesvorstandes betreffend. Die Bezahlung der Kampfeinträge wurde gutgeheißen. Die im Werkblatt Nr. 11 enthaltenen Anmerkungen wurden den Kollegen zur Kenntnis gebracht. Zu einem vom Bezirksausschuß des ADGB veranstalteten, im November in Jena stattfindenden Kursus wurde Kollege Dorries delegiert.

**Wien.** (Eine Verleumdung niedriger Gehälter.) Bei einem Lohnstreit zwischen einem Plattenleger und dem Vertreter seiner Firma, einem Herrn Albert Schmitz, behauptete dieser, der Angestellte des Baugewerksbundes habe anlässlich eines Prozesses am Oberbergericht, als Vertreter eines Arbeiters, zu Schmitz gesagt: „Können Sie eine gute Flasche Wein trinken, denn ist die Sache aus der Welt.“ Ein Gericht wollte dann Schmitz die Verleumdung nicht geübert haben; schließlich mußte er es aber nach der Zeugenerklärung doch zugeben. Es kam dann folgender Vergleich zustande: „Der Beschuldigte nimmt die Verleumdung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und zahlt als Sühne 20 M. zugunsten der Arbeiterwohlfahrt zu Händen des Klägers. Der Beschuldigte trägt die Kosten. Der Kläger behält sich das Recht vor, von diesem Vergleich zurückzutreten, falls der Beschuldigte nicht bis zum 2. November 1925 Sühne und Kosten bezahlt hat.“ Öffentlich ügelt Schmitz künftig seinen Drang, die Arbeiter untereinander zu bringen.

**Treuenbütze.** Der Abend des 7. November war hier der Ehrung unserer Jubilare gewidmet. 19 Kollegen erhielten die Ehrenurkunde. Kollege Wilhelm Schulz aus Brandenburg hielt die Festrede. Er hat vor 28 Jahren unsere Organisation begründet, war also zu dieser Stunde der Älteste. Er gedachte der früheren Kämpfe der Bauarbeiter und ermahnte die jungen Kollegen, mit den Alten zu meistern im Streben für unsere Bundesziele. Mögen die Jungen von den Alten lernen, was die Alten begonnen! — Erst im vorgedruckten Morgenblatte fand die erhebende und wohlgeleitete Feier ihr Ende.

### Aus den Fachgruppen.

#### Asphaltierer.

**Berlin.** Die Berliner Asphaltarbeiter hatten ihr Lohnabkommen gekündigt und um eine Verhandlung mit den Unternehmern nachgehakt. Die letzten eine Verhandlung ab, eine Auslieferung der Löhne könne bei der jetzigen Preissteigerung nicht mehr in Frage kommen. Wir riefen dann den Schlichtungsausschuß an, der am 6. Oktober einen Schiedspruch fällte, wonach das bisherige Lohnabkommen weiter gilt und allwissentlich gekündigt werden kann. In einem solchen Schiedspruch tragen unsere eigenen Verursacher die Schuld. Die Organisationsverhältnisse in den Betrieben lassen so außerordentlich viel zu wünschen übrig, daß man sich nicht wundern darf, wenn die Geschichte auf dem alten Pfad stehen bleibt. In einer Versammlung, die am 6. Oktober stattfand, wurde nach einem Bericht des Kollegen Törnig beschlossen, den Schiedspruch abzulehnen und das Lohnabkommen zu kündigen. In der dann folgenden Verhandlung lehnten die Unternehmer wieder die Lohnsteigerung ab. Nach Ansicht dieser Herren wird die Lohnsteigerung in den Lebensmittelpreisen vorgehen. Nun soll der Schlichtungsausschuß von neuem entscheiden.

**Fortsetzung.** Hier sprach Kollege Törnig, Berlin, über unsere Betriebs-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Zu dieser Versammlung waren auch die Kollegen aus Paderborn erschienen. In recht unangenehmer Weise äußerte sich die Versammlung über das frühere Mitglied A. M. M. in Paderborn. Immer ist über der Organisation ausgetreten und jetzt wahrscheinlich stiller Zeithaber des Geschäfts. Er soll die Leute mit Bier und Schnaps füttern; damit gewinnt er sie dann für längerer Zeit, so daß die tägliche Arbeitszeit keine Grenze mehr kennt. Die Kollegen mögen auf solche Machenschaften weit scharfer als bisher ihr Augenmerk richten.

**Wien.** Seit langer Zeit fand hier eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung statt. Die Zustände in Wien hatten sich recht unangenehm entwickelt. Persönliche Bekehrungen mochten einen Auftrieb der Verwaltungsstelle unmöglich. Kollege F. v. L. in Wien, sprach über die wirtschaftliche Lage der Asphaltarbeiter. Die solche Haltung der Kollegen in Wien zur Organisation müßte verschwinden. Die einst so gute und starke Organisation der Wiener Asphaltarbeiter müßte sich auch im Baugewerksbund wieder ihre frühere Stellung erweisen. Jetzt mit den persönlichen Streitigkeiten. Die Aussprache trat eine Hart persönliche Lage. Wegen Sturz wurden Vorwürfe erhoben, die von anderen Rednern zurückgewiesen wurden. Im Schlußwort machte Link eindringlichst auf Einigkeit. Man möge endlich die persönlichen Meinungen ausschalten und sich lediglich um die Organisation kümmern. Nur dann wird es möglich sein, die Fachgruppe der Asphaltarbeiter in Wien in der Baugewerkschaft Wien zu dem zu machen, was sie früher als selbständige Organisation war. Wegen die Kollegen dies endlich beherzigen!

#### Glasler.

**Hannover.** Die Differenzen im Glasergewerbe haben sich verschärft. Die letzten Verhandlungen haben zu keiner

Einigung geführt. Auf jeden Fall wollten die Glasmeister ihre Forderungen durchsetzen, wonach, wenn 9 Stunden gearbeitet werden muß, die neunte Stunde nicht als Ueberstunde zu gelten habe. Sie behaupten: Wenn die Arbeitervertreter darauf eingingen, wäre auch die Ferienfrage gelöst. Auf eine solche unwürdige Zumutung hin beschloßen die Glasler die Arbeitsniederlegung. Trotz nochmaligen Verhandlung gingen die Unternehmer von ihrem Standpunkt nicht ab. Die Arbeitsniederlegung wurde daher zunächst bei einer Firma vorgenommen. Als Antwort hierauf haben die Glasmeister in ihrer Versammlung vom 9. November die Aussperrung aller organisierten Glasler beschlossen. Zum Teil ist die Aussperrung auch schon an diesem Tage in Kraft getreten. Es geht jetzt in diesem Kampfe nicht nur um die bessere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern die Organisation der Glasergewerkschaften. Die „sittliche“ Vorkämpfer sind natürlich nicht gelingen. Es liegt an allen Glasergewerkschaften Hannover, den Streik der Unternehmer mit aller Kraft abzuwehren. Strengstens zusammenhalten ist unbedingt notwendig! Nur dann werden wir unsere einmal erworbenen Rechte aufrechterhalten können.

#### Steinfeger.

**Frankfurt a. M.** Hier hat sich in diesem Jahre nun auch allmählich die Affordarbeit im Straßenbauergewerbe durchgesetzt. Eine vertragliche Regelung darüber bestand bisher nicht, so daß in der Antiochse die reine Anarchie herrschte. Im Rahmen des Arbeitsvertrages vom 12. Juni 1912 sollte nun eine vertragliche Regelung der Affordlohnfrage abgehandelt werden. Außerdem sollten in einer besonderen Tarifvorlage alle Fragen geregelt werden, auf die die Steinfeger nach dem Reichsarbeitsvertrag im Straßenbauergewerbe einen vertraglich festgesetzten Anspruch haben. Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe lehnte aber jede Verhandlung auf einer solchen Grundlage ab. Deshalb blieb den Steinfegern nur noch die Arbeitsniederlegung übrig. Am 22. Oktober wurde die Arbeit eingestellt. Am 2. und 3. November kam es dann zu Verhandlungen. Die Affordarbeit im Rahmen des Arbeitsvertrages vom 27. Juni 1912 wurde mit einem Aufschlag von 55 % auf die Affordlohnfrage der Vorzugszeit geregelt. Der tarifliche Stundenlohn, der zur Zeit für Steinfeger 1,32 M. beträgt, wird bei Affordarbeiten garantiert. Im übrigen gelten in der Arbeitszeit, Verkehrsverteilung und die mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe vereinbarten Bestimmungen für das Baugewerbe. Die darüber hinausgehenden Ansprüche der Steinfeger auf eine allgemeine Regelung nach den Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages wurden von den Unternehmern abgelehnt. — Der Verlauf dieses Streiks wurde durch das Eingreifen der städtischen Straßenbauinspektion des Tiefbauamtes ungünstig beeinflusst. Neben den 179 Steinfegern, die in den privaten Unternehmerrbetrieben in Frankfurt a. M. die Arbeit niedergelegt hatten, werden nämlich zur Zeit noch ungefähr 55 Steinfeger im städtischen Eigenbetrieb beschäftigt, die zum großen Teil im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisiert sind. Obwohl die dem Deputationsrat der städtischen Straßenbauinspektion, dem Magistratsrat W. J. P. P. vor der Arbeitseinstellung von den Differenzen im Straßenbauergewerbe Kenntnis gegeben und er uns zugesichert hatte, der Straßenbauinspektion sei kein Antrag gegeben, zugunsten der Privatfirmen einzutreten, obwohl weiter dem Stadtverordneten Ege vom Deputationsrat des Tiefbauamtes, dem Stadtrat Schulze, die Zustimmung gegeben war, daß nur solche bestellte Arbeiter fortgeführt würden, wo Unfallgefahr besteht und das Tiefbauamt auf Grund des Haftpflichtgesetzes schadenersatzpflichtig gemacht werden kann, wurden von städtischen Amtsbeamten Maßnahmen im ersten Tage des Streiks alle dringenden Arbeiten, die von uns bestritten wurden, mit städtischen Steinfegern besetzt. Man verzögerte sich dabei hinter angeblich insipiden von der Polizeidirektion ergangene Weisungen, die als Verleumdung bezeichnet besagt sei, zur Fortführung der bestellten Arbeiten dem Tiefbauamt Weisungen zur kritischen Befolgung zu erteilen. Vom Vorsitzenden des Ortsausschusses des ADGB wurde aber festgestellt, daß solche Weisungen von der Polizeidirektion an das Tiefbauamt gar nicht ergangen waren. Es mußten dann auch nach einigen Tagen von den bestellten Arbeitsteilen die städtischen Steinfeger zurückgezogen werden. Bei der dringenden bestellten Arbeit jedoch, dem Straßenbau in der Danauerlandstraße, wurden die Pfostenarbeiten im Gleisfeldern und zu den Einfahrten während des Streiks zu Notstandsarbeiten getempelt, an denen städtische Steinfeger in den 15 Tagen des Streiks weiterarbeiteten. Dabei ist charakteristisch, daß der Vertreter des Gemeindearbeiterverbandes ganz allgemein die Auffassung vertritt, alle bestellten Straßenbauarbeiten, die nach Weisungen der Polizeidirektion vom Tiefbauamt fortzuführen sind, gelten als Notstandsarbeiten, die von den städtischen Steinfegern bei einem Streik unbedingt auszuführen und fertigzustellen sind. Dieser Auffassung widersprechen wir ganz entschieden, da bei einer solchen Auffassung das Streikrecht der Steinfeger zu einer Parze würde. Auch bei diesem Streik zeigte sich wieder die arbeitgeberfeindliche Einstellung dieser städtischen Behörden. Allerdings können solche arbeitgeberfeindliche Maßnahmen nur durchgeführt werden, solange sich die städtischen Steinfeger zu solchen Sandlangerdiensten bereitfinden. Würden die in den städtischen Betrieben beschäftigten Kollegen Solidarität üben, dann blieben die arbeitgeberfeindlichen Maßnahmen des Amtsbaurats ohne wirkunglos. — Die Arbeit wurde am 6. November mit Abschluß der erwähnten Vereinbarungen wieder aufgenommen.

#### Stukkateure und Putzer.

**Magdeburg.** Hier wurden die Löhne zuletzt im März 1925 durch eine vorläufige Abmachung geregelt, worin der Lohn auf 20 % über den Maurerlohn festgesetzt wurde. Ueber andere tarifliche Fragen war keine Einigung zu erzielen. Auch alle Verträge einer Regelung für die Provinz Sachsen oder für Magdeburg, im Anschluß an den Thüringer Tarif und den für den Freistaat Sachsen, schickerten an der Einsichtslosigkeit der Unternehmer. Unsere Kollegen haben die Sache solange ruhen lassen. Nun hat eine Fach-

gruppenversammlung die Verbesserung des Lohnes ohne Rücksicht auf den Maurerlohn und die tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses verlangt. Am 2. November ist darüber mit den Unternehmern verhandelt worden, die aber keine Verbesserung des Lohnes abließen, weil Magdeburg mit anderen Städten nicht gleichgestellt werden könne. Die tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses scheint die Herren ganz besonders abzuhängen. Ueber die Auslösung — die noch drei Stundenlohn beträgt — und über die Ferienfrage wurde viel gesprochen, jedoch lehnten die Unternehmer jedes Entgegenkommen ab. Seit langem hat hier im Baugewerbe Ruhe geherrscht. Die jetzige Einstellung der Unternehmer wird einen Kampf unermesslich machen. Eine gut besetzte Versammlung am 5. November nahm den Bericht über die Verhandlung entgegen. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die einen Vertrag ausarbeiten soll, den wir zur geeigneten Zeit den Unternehmern unterbreiten und mit den geeigneten Mitteln zur Durchführung bringen werden. Beschlossen wurde noch, daß kein Kollege für den jetzigen Auslösungslauf nach auswärts fahren darf. Es soll überall der Betrag von 6 M je Tag, den ein Geschäft bereits zahlt, gefordert werden. Wir machen die Stukkateure aufmerksam, daß Magdeburg jedenfalls bald Kampfpfad sein wird, daher ist Bezug zu vermeiden.

#### Töpfer und deren Hilfsarbeiter.

**Neumünster.** Die Sperre über die Ofenheizerfirma G. Harder ist aufgehoben. Die dort beschäftigten Ofenheizer haben sich dem Bund angeschlossen, so daß ein weiterer Grund zur Aufrechterhaltung der Sperre nicht mehr vorliegt.

**Magdeburg.** Die Unternehmer haben bisher die berechtigten Forderungen der Ofenheizer, den Stundenlohn auf 1,30 M zu erhöhen, abgelehnt. Es besteht wenig Hoffnung auf eine Einigung, vielmehr steht die Möglichkeit einer Arbeitsniederlegung in sicherer Aussicht. Wir warnen alle auswärtigen Kollegen vor Arbeitsaufnahme in Magdeburg!

**Sameln.** Wir machen die Ofenheizer darauf aufmerksam, daß Umgehungen nicht gestattet ist. Alle arbeitenden Kollegen müssen sich an unsere Geschäftsstelle, Hermannstraße 26, wenden.

**Ferien für Ofenheizer.** Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß Ferienkarten und Ferienverträge beim Bundesvorstand zu erhalten sind. Die Unternehmer sind darauf hinzuweisen, daß Marken nur von der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes in München, Sendlingerstraße 26, zu beziehen sind. Es ist weiter darauf zu achten, daß auf je 4 M Verdienst eine Marke von 10 J zu haben ist; das Kleben der Marken hat nach Beendigung der Ferien von neuem zu beginnen. Der Vertrag ist für verbindlich erklärt, folglich müssen alle Unternehmer, ob organisiert oder nicht, die Ferienmarken Kleben. Wo dies nicht geschieht, können die Unternehmer mit Erfolg verklagt werden.

**Submissionsliste.** In der „Neuen Deutschen Tageszeitung“, dem Blatt der Ofenheizer, lesen wir: „In Anbetracht soll das Finanzamt umgebaut werden. Auf ein Preisausgeschrieben wegen neuer hunder Ofen. Umgeben einiger alter Ofen und kleinerer Arbeiten haben fünf Aufgebote die nachfolgenden Preise ab: Straßburg 6692,30 M, Eimweinde 5274 M, Anklam 4426,15 M, Anklam 3335 M, Greifswald 3590 M. Zwischen höchster und niedrigster Forderung besteht somit ein Unterschied von 3042,20 M.“ Dazu kommt, daß der Greifswalder Unternehmer nach Auslösung zahlen muß. Wie sich die Unternehmer mit dieser Konkurrenz abfinden, ist ihre Sache. Unsere Aufgabe wird sein, dafür zu sorgen, daß bei der nächsten Lohnforderung in Greifswald ein Lohn gezahlt wird, der dem anderer Orte mindestens gleichkommt. Andernfalls würde die Steigerung der Löhne in Orten mit höheren Tarifen sehr erschwert werden.

**Tüchtige Stachel u. Einigungsformer stellt 1. dauernde Arbeit ein Ostsee, Elbe- und Zennaren dort, 2. unangeb. Bezirk Halle.**  
 \* **Lothar E. Leber, die in Halle/Unst. besondert sind. Neut ein G. Gerhart, Eric a. d. Wöfel, Wöfelstraße 8.**

**Wichtig, selbständig arbeitender Ofenheizer bei hohem Affordlohn sofort gesucht. — Wöfelstraße 8, Wöfel, Mainz am Rhein, Kaiserstraße 18.**

#### Vom Bau.

**Dresden.** (M. f. a. l.) Auf der Baustelle Köpeltwisch der Siedlungsgesellschaft Dresden A.-G. wurde am 12. Oktober mit Hilfe eines beweglichen Kranes der Lehm für die Einschneidebeton nach oben transportiert. Der Arbeiter Wilhelm Wagnfried war damit beschäftigt, den Lehm oben auf der Welle zu verteilen. Infolge zu starker Belastung brach die Schneidebeton durch und Wagnfried stürzte mit in die Tiefe. Er zog sich dabei eine schwere Interkostals- und Rippenverletzung zu. Eine Anfrage der Dresdener Bauarbeiter-Kommmission, die von der Hauptpolizei Mitteilung über die Ursache des Unfalls wünschte, ist unbesandwortet geblieben. Auch die Siedlungsgesellschaft A.-G. hat sich noch nicht bemüht, unsere Anfrage zu beantworten. Ueber die Arbeit mit diesem Kran laufen so wie so fortwährend Klagen ein. Wir haben selbst beobachtet, daß der Kran die Biegel- und Mörtelkasten über die Köpfe der darunter arbeitenden Maurer und Hilfsarbeiter hinwegführt. Es ist also Pflicht unserer Delegierten auf der Baustelle, zum Beginn der neuen Saison ganz besonders darauf zu achten, daß Unfälle, die durch den Kran entstehen könnten, vermieden werden.

**Karlruhe.** (Schwarzengastalperre.) Der Sohn unseres Zahlkellenertrauensmannes Kiefer aus Bruchhausen stürzte am Stauwerk Schwarzenbach von der Sperrmauer ins Waden und erkrank. Kiefer war bei der Herstellung der 80 m starken Schuttschicht aus Beton beschäftigt. Nach Fertigstellung dieser Arbeit am Block 4 erhielt er den Auftrag, sich nach Block 2 zu begeben. Die Entfernung bis zum Block 2 (50 m) konnte innerhalb der Schalung zurückgelegt werden. Obwohl unweitestgehend feststand, daß Block 2 betoniert werden sollte, muß Kiefer über den Abbruch von Block 2 nach Block 1 geklettert und dabei abgestürzt sein. Die Höhe von der oberen Kante des Mauerwerks bis zum Wasserpiegel beträgt an der Stelle 20 m, die Wasserhöhe 36 m. Kiefer hatte lange Betonstiefel an. Trotzdem sofort Rettungsversuche unternommen wurden, ist es nicht gelungen, den Verunglückten zu bergen. Die Firma hat sich bereit erklärt, einen Zander zu stellen, der die Leiche suchen soll. Ob der Verunglückte tatsächlich allein die



